



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 25. Ratssitzung vom 30. November 2022

1043. 2022/462

Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) vom 21.09.2022:

Erlass der Gebühren für alle nicht gewinnorientierten Vereinigungen für die Bewilligung von Festen und Standaktionen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Samuel Balsiger (SVP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 671/2022): Nicht gewinnorientierte Vereine sind der Kitt unserer Gesellschaft. Diese freiwillige Basisarbeit ist mühsam, aber essentiell. Deswegen soll sich der Staat den Freiwilligen gegenüber zuvorkommend zeigen und die Gebühren für die Bewilligung von Festen und Standaktionen erlassen. Am 9. November 2022 fand ein ähnlicher Vorstoss der AL bei SP und Grünen Zuspruch. Bei Freiwilligenarbeit geht es nicht um das Verursacherprinzip, weswegen es angebracht ist, hier auf mehr Freiheit und weniger Staat zu achten.*

***Michael Schmid (FDP)** begründet den namens der FDP-Fraktion am 26. Oktober 2022 gestellten Ablehnungsantrag: Eine unseres Erachtens sinnvollere Lösung wäre die Reduktion des Aufwands für diese Anlässe. Die Gebühren, die eine Leistung des Staates sind, sollen für alle in gleichem Masse erhalten bleiben. Darum lehnen wir den Vorstoss ab, aber wir werden später einen eigenen Vorstoss zu dieser Thematik präsentieren.*

Weitere Wortmeldungen:

***Michael Schmid (AL):** Wir stimmen dem Postulat zu, wenn nebst dem Kriterium der Nicht-Gewinnorientierung auch das öffentliche Interesse berücksichtigt wird. Wenn ein Verein auf einem Quartierplatz ein Zelt errichtet und ein Fest veranstaltet, das einem exklusiven Publikum vorbehalten ist, empfinden wir es als gerechtfertigt, wenn für die Bewilligung eine Gebühr verlangt wird. Ein Textänderungsantrag erfolgte von unserer Seite nicht, da mit den Postulanten wenig sachlicher Dialog entstand. Dafür folgt ein Textänderungsantrag der SP, den wir empfehlen anzunehmen.*

***Heidi Egger (SP)** stellt folgenden Textänderungsantrag: Wir sind nicht gegen das Postulat, doch ziehen wir es vor, die Gebühr nicht den Vereinigungen, sondern den nicht gewinnorientierten Veranstaltungen zu erlassen. Die Textänderung ersetzt «Vereinigungen» durch «Anlässen mit öffentlichem Interesse», was dem Vorstoss der AL, der in der Begründung des Postulats beschrieben ist, mehr gleicht. Die SVP nimmt unsere Textänderung an. Deswegen ist es unverständlich, wieso das fast gleichlautende Postulat der AL von der SVP abgelehnt wurde.*



2 / 2

Samuel Balsiger (SVP) ist mit der Textänderung einverstanden: Danke für die Ergänzung. Diese Textänderung nehmen wir an.

Flurin Capaul (FDP): Ich bin Kassier des Quartiervereins Wiedikon. Jährlich organisieren wir etwa 20 Veranstaltungen, die einzeln abgerechnet werden. Durchschnittlich geben wir 5 Prozent des Anlassbudgets für Gebühren aus, was wir richtig finden, da wir öffentlichen Raum nutzen. Problematisch sind nicht die Gebühren, sondern die immer komplizierter werdenden Bewilligungen, was wir in einem separaten Vorstoss adressiert haben. Das scheint für Vereine wertbringender zu sein, als der alleinige Erlass der Gebühren. Darum lehnen wir den Vorstoss ab.

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er allen nicht gewinnorientierten ~~Vereinigungen~~Anlässen mit öffentlichem Interesse die Gebühren für die Bewilligungen von Festen und Standaktionen dauerhaft erlassen kann.

Das geänderte Postulat wird mit 57 gegen 49 Stimmen (bei 1 Enthaltung) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat